

5 Jean Claude Juncker und die Zukunft Europas, Teil 5

5.1 Die Bedeutung des Währungswertes für den Wohlstand der Völker und Nationen

von Hermann Patzak

5.1.1 Faktenresistenz und Realitätsverweigerung der politischen Klasse in Deutschland und Europa

Fassen wir die bisherigen Erkenntnisse noch einmal zusammen: Alle Länder, die den Euro eingeführt haben, konnten mit der ökonomischen Entwicklung (dem Wachstum) jener Volkswirtschaften nicht mehr Schritt halten, die ihre Währungssouveränität nicht abgegeben hatten. Deshalb sind sie auch in der Krise tiefer abgestürzt und brauchten viel länger, sie zu überwinden. Einige von ihnen hatten das auch im Jahr 2014 noch nicht wieder geschafft:

Ändg. BIP von 2007-2014	
€ Länder	in Prozent
Irland	-2,3%
Griechenland	-25,7%
Spanien	-5,0%
Italien	-8,9%
Zypern	-6,9%
Portugal	-7,3%
Finnland	-5,2%
Slowenien	-4,1%

Abbildung 16: €-Länder mit BIP < 2007

Die nebenstehende Tabelle führt die Euro-Länder auf, deren reales BIP im Jahr 2014 immer noch unter dem des Jahres 2007 lag (in dem die Krise ausgebrochen war).

Zur Erinnerung: das BIP aller Euro -12 Länder (Mitgliedsländer seit 2001) lag 1 Prozent **unter** dem Niveau von 2007! Das der USA hatte das BIP von 2007 um 8,2 und das Englands um 4,1 Prozent überschritten.

Im Jahr 2016 war das BIP Griechenlands noch immer um 26,3 Prozent, das Spaniens um 0,2, das Italiens um 6,8 und das Portugals um 3,2 Prozent **unter** dem des Jahres 2007.¹¹

Interessant ist nun die Frage, welche Erklärungen die Riege der vom Liberal- und Globalkapitalismus geprägten Ökonomen dafür hatte? Sie alle haben gar keine! Sie haben diese Fakten bis heute ignoriert, weshalb die Ursache dieser schlimmen Entwicklung für sie auch nie ein Problem war. Die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen ökonomischen Ratgeber der Politik in Osteuropa – offenbar vom Zeitgeist liberalistischen und globalkapitalistischen Denkens noch nicht so verblendet wie ihre westlichen Kollegen – haben dieses Problem aber gelöst. Und zwar so, wie alle anderen Länder, die ihre Souveränität über ihre Wirtschaftspolitik nicht aufgegeben und an eine zentrale Instanz abgegeben haben. Sie haben die wirtschafts- und währungspolitischen Instrumente so eingesetzt, wie es die besondere Situation ihrer Volkswirtschaft und die Konjunktur erforderte.

- Die Tschechen haben aufgewertet,
- die Polen haben den Wert ihrer Währung am Euro-Wert ausgerichtet und
- die Ungarn haben abgewertet.

Im Ergebnis haben alle drei Länder damit ein signifikant höheres Wirtschaftswachstum und eine erhebliche Verringerung der Arbeitslosigkeit erreicht als die „kastrierten“ Euro-

¹¹ Zahlen aus Eurostat: BIP und Hauptkomponenten (Produktionswert, Ausgaben und Einkommen) [nama_10_gdp]; Verkettete Volumen, Index 2010=100.

Länder. Und vor allem haben sie die Wirtschaftskrise in kürzester Zeit überwunden. Das gelang auch den EU - Volkswirtschaften, die den Euro-Visionären widerstanden und ihre Währung nicht aufgegeben hatten. Für England haben wir beispielhaft die Zahlen aufgezeigt. Siehe hierzu die Abbildung 3 und Tabelle 2, oben auf Seite 5 und Tabelle 6: Die Arbeitslosenquote der Euro-Länder auf Seite 9.

Gerade das Beispiel Ungarns zeigt überdeutlich, daß man absichtlich wegsehen oder die Augen zumachen muß, um die Realitäten der ökonomischen Entwicklungen übersehen zu können. Die Ungarn haben nämlich durch die Abwertung des Forint den Absturz ihrer Wirtschaft in Grenzen halten können. Wohlgermerkt, eine Abwertung, die gerade die Euro-Krisenländer so dringend gebraucht hätten, die ihnen aber durch den Euro verwehrt wird. Nach den Wahlen in der Tschechei und Österreich im Oktober 2017 wächst jetzt bei den alternativlosen Europa-Protagonisten in der EU die Sorge vor einem neuen „Ostblock“ in Europa. In beiden Ländern hat nämlich die Mehrheit der Wähler den Parteien den Regierungsauftrag gegeben, die die von Brüssel verordnete Migrationspolitik ablehnen, wobei der tschechische Wahlsieger, Andrej Babiš, auch die Einführung des Euro ausdrücklich ablehnt. Warum er das tat, kann man in den westlichen Medien nicht erfahren.

Ein Blick auf die Wertentwicklung des Euro in der fraglichen Zeitspanne nach 1999 veranschaulicht den Zusammenhang zwischen Währungswert einerseits und Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit andererseits.

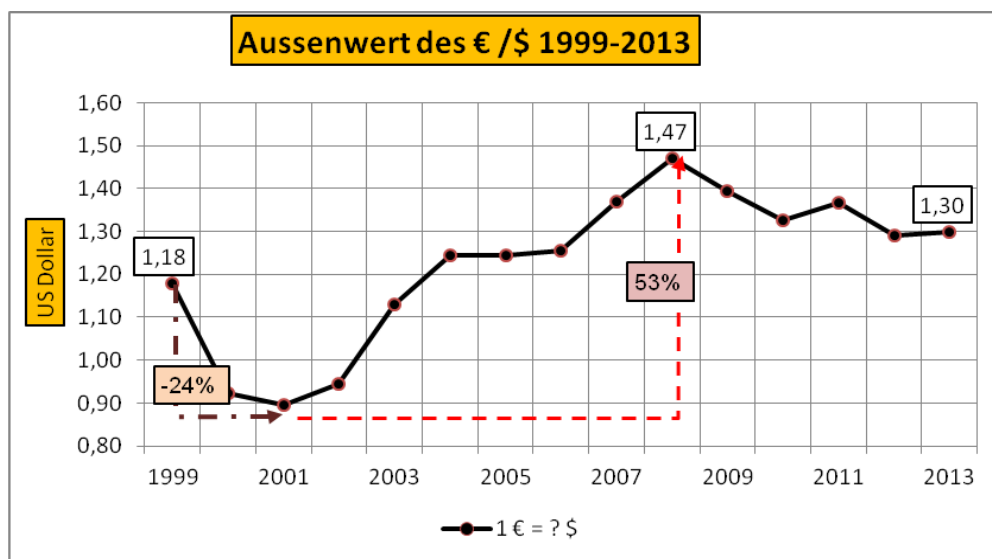


Abbildung 17: Wertschwankungen des € 1999-2013

In den ersten beiden Jahren wertete der Euro (gegenüber dem US Dollar) um 24 Prozent ab. In den nachfolgenden 5 Jahren wertete er um 53 Prozent auf. Dieses Wechselbad mußten alle Euro-Länder über sich ergehen lassen, ohne mit ihrer Geld-, Fiskal- und Währungspolitik dagegen halten zu können¹². Nur robuste und flexible Volkswirtschaften mit entsprechenden Produktivitätsreserven, wie z. B. die deutsche, haben diesen Streßtest bestanden! Allen Euro-Ländern war mit der Übernahme der gemeinsamen Währung die Möglichkeit einer Abwertung genommen worden, sie sind seitdem den Schwankungen schutzlos ausgeliefert.

¹² Dieses Ausmaß der Wertschwankungen wurde nicht durch Änderungen der Handelsströme induziert, sie müssen also im Wesentlichen durch Finanz- und Währungsspekulationen ausgelöst worden sein.

5.1.2 Die Ursachen und Folgen der Euro-Schäden, über die niemand spricht

Kommen wir nun auf einen weiteren Kernpunkt der Euro-Problematik: Gerade die bislang ökonomisch schwachen Euroländer hatten sich von einer starken gemeinsamen Währung für ihre Wirtschaft Auftrieb und einen Anstieg ihres Wohlstandes erhofft. Ihr Vorbild war die deutsche Wirtschaft und die starke DM, deren Wert Jahr für Jahr angestiegen war. Einen vergleichbaren Aufstieg hatten ihnen die eigenen Politiker mit dem Euro versprochen, eine Legende, die das gesamte politische Establishment der (damaligen) westeuropäischen Parteien wie eine Monstranz vor sich hertrug. Doch es ist ein Irrglaube, der trotzdem noch heute in den Köpfen von ideologisierten und polithörigen Journalisten und Politologen herum spukt.

Dieses Versprechen ist eine ausgesprochene ökonomische Dummheit, denn der Ursache-Wirkungszusammenhang (Kausalzusammenhang) funktioniert nur in umgekehrter Richtung: Die starke Währung der Deutschen war das Ergebnis ihrer Wirtschaftskraft, und die ist die Ursache einer starken Währung. Das lehren Geschichte und Wirtschaftsgeschichte: Die englische und amerikanische Wirtschaft hatten auch jeweils eine Phase durchlaufen, in der ihre Währung stark und sogar die dominierende Weltwährung war. Das funktionierte so lange, wie die Produktivität ihrer Wirtschaft größer war als die der anderen Volkswirtschaften. Und, das muß der Wahrheit halber auch noch hinzugefügt werden, solange ihre weltweiten imperialen Kriege sie nicht zu teuer kamen. Umgekehrt funktioniert das nicht: Ein hoher Währungswert kann keine Volkswirtschaft stark machen. Das haben beide Weltmächte – die ehemalige und die Noch-Weltmacht USA – leidvoll erfahren müssen, wie die Defizite ihrer Handels- und Leistungsbilanzen ausweisen: die englische Handelsbilanz ist seit Anfang der 1950iger Jahre, die amerikanische seit Anfang der 1970iger Jahre negativ! Und dieses Schicksal haben nun auch die Euro-Länder erleiden müssen, deren Produktivität – gemessen an den Euro-Preisen – zu niedrig war, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Die Lehre ist eindeutig: Eine starke Währung kann eine schwache Wirtschaft nicht stark machen, im Gegenteil. Sie schwächt die Wirtschaft zusätzlich! Gerade das hat jetzt auch der Euro bewiesen: Sein für die Verhältnisse der notorischen Schwachwährungsländer Europas zu hoher Außenwert hat diese Volkswirtschaften förmlich stranguliert. Nur in den ersten Jahren nach der Euro-Einführung entfachte er ein kurzes Strohfeuer, das schnell verlöht war.

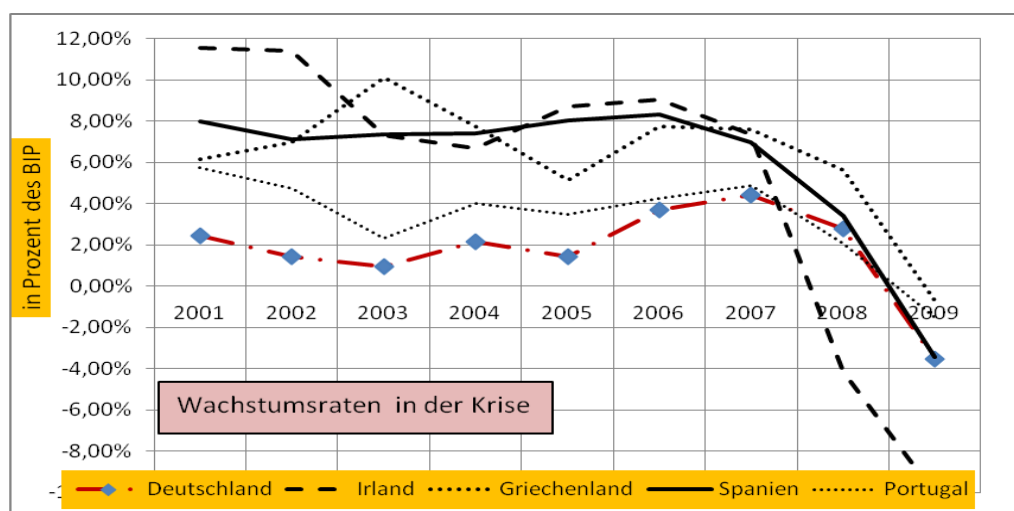


Abbildung 18: Wachstumskapriolen der Krisenländer

Die Graphik zeigt die jährlichen Wachstumsraten der Euro-Krisenländer vor und nach der Krise im Vergleich zu den deutschen Wachstumsraten. 2001 war die Wachstumsrate Irlands im Vergleich zu Deutschland fast 6-mal so groß, die Spaniens rund 4 mal und die Griechenlands rund 3-mal so groß. Dann kam der Absturz, den die Krisenländer bis zum Jahr 2014 noch nicht überwunden hatten. Das kurze „Aufblühen“ zuvor war den ungewohnten niedrigen Zinsen zu verdanken, die diese Staaten (ihre Regierungen, die Wirtschaft und die Konsumenten) zum unbeschwerten Schuldenmachen animiert hatten. **Hinzu kam, daß sie im Ausland mit dem Euro von heute auf morgen billiger einkaufen konnten, als die eigene Wirtschaft zu produzieren in der Lage war.** Dadurch setzte eine verdeckte und schleichende Form einer Deindustrialisierung (Umstrukturierung der Wirtschaft) ein, die zunächst unentdeckt blieb, aber die Volkswirtschaften nachhaltig schädigte. Weder die Medien noch die Schar der meinungsmachenden Ökonomen scheinen diese Fakten registriert zu haben, zumindest wurden sie in der Öffentlichkeit bis heute nicht publik gemacht! Diese vom Euro verursachten Strukturverwerfungen haben die Euro-Länder und damit ganz Europa ökonomisch zurückgeworfen.

Als die Finanzkrise zur Wirtschaftskrise mutiert war und 2008 Europa erreicht hatte, wäre zu ihrer Überwindung eine zusätzliche angemessene Geldvermehrung und Staatsverschuldung dringend notwendig gewesen. Alle anderen Volkswirtschaften rund um den Erdball hatten dies damals auch gemacht. Doch die hochverschuldeten Euro-Länder waren dazu nicht mehr in der Lage, weil sie (da schon zu hoch verschuldet) keine weiteren Kredite mehr bekamen¹³. Die rückläufigen Staatseinnahmen infolge der Wirtschaftskrise machten es den überschuldeten Ländern (Staat, Wirtschaft, Haushalte) sogar unmöglich, ihre vorhandenen Schulden zu bezahlen, geschweige denn die Schulden noch zu erhöhen, um die sich anbahnende Krise zu bekämpfen. Der Konkurs der zahlungsunfähigen Länder (Griechenland, Irland, Portugal) stand unmittelbar bevor, der auch die nächsten gefährdeten Länder Spanien und Italien mitgerissen hätte.

Eigentlich hätte damals jeder in ökonomischen Sachfragen bewanderte und politisch interessierte Bürger erkennen können, daß das Euro-Experiment gescheitert war. Und eigentlich hätten die Euro - Protagonisten spätestens jetzt einsehen müssen, daß ihre Vision einer gemeinsamen Währung für Europa ein Trugbild war. Es hätte dazu allerdings einer kurzen und sachlichen Aufklärung durch die in das Geschehen involvierten Ökonomen und die Medien bedurft. Das ist nicht geschehen und so konnte das politische Establishment sein Projekt, die Vision einer gemeinsamen Währung, weiter verfolgen:

5.1.3 Die Euro-Rettungsprogramme verschlechtern die Lage

Man konstruierte damals eine Reihe eilig zusammengeflückter Notprogramme, um den mehrfachen Konkurs der zahlungsunfähigen Euro-Länder – und damit den Euro-Crash – verhindern zu können. Danach mußten sie ihre Rettungsbemühungen immer weiter ausweiten. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten sie in der kopflosen Devise des EZB – Präsidenten Mario Draghi, der verkündete, er (die EZB) werde den Euro retten, „koste es was es wolle“. Man muß sich klar machen, was sie zu retten versuchen: Ein Währungssystem, das ganz Europa arm gemacht und alle Volkswirtschaften, die einen mehr, die anderen weniger, geschädigt hat! Wenn die damit verbundenen Rettungskosten (bisher Kredite) zahlungsfällig werden, dann werden die Schäden noch viel größer sein. Und es wird nicht bei wirtschaftlichen Schäden bleiben: Die sich in den Euro- und EU-Ländern

¹³ Obwohl die Maastricht Verträge aus dem Jahr 1992 vorschreiben, daß die jährliche Neuverschuldung nicht mehr als drei Prozent betragen dürfe und die Staatsschulden insgesamt 60 Prozent des BIP nicht überschreiten dürfen.

ausbreitende Unzufriedenheit beschränkt sich beileibe nicht mehr auf wirtschaftliche Fehler und Unzulänglichkeiten. Auch die politischen Gegensätze, vor allem in der Migrationsproblematik, lassen immer wieder neue Gegensätze aufkommen, die es ohne die von Brüssel verordnete Meinungsdictatur nie gegeben hätte. Diese Entwicklungen haben nun auch schon zu Blockbildungen zwischen den neuen EU- und Euroländern in Ost- und Westeuropa und zu den immer deutlicher sich abzeichnenden Gegensätzen zwischen den südlichen und nördlichen Euroländern geführt. Die politischen Auflösungserscheinungen sind unübersehbar. An ihrem Ende droht eine politische Eruption, in der das vom Volk abgehobene gesellschaftliche Establishment abgelöst werden könnte.

Doch kommen wir wieder zurück zur Ökonomie und den finanziellen Zusammenhängen und Folgen der Euro-Rettungsmaßnahmen: Als erstes war der mehrfache Staatskonkurs dadurch verhindert worden, daß die übrigen Euro-Staaten den Konkursstaaten das Geld gaben, ihre Schulden bezahlen zu können. Das waren die sogenannten Rettungspakete. Damit waren aber auch und in erster Linie die bisherigen Gläubiger (Banken und Versicherungen) vor den Verlusten aus dem Forderungsausfall bewahrt worden. Das waren aber nicht nur die Finanzunternehmen in den vom Konkurs bedrohten Staaten. Alle Finanzinstitute der kapitalistischen Welt hatten eine Zeitlang gerne und gut an diesen Krediten verdient. Goldman Sachs (USA) hatte den Griechen sogar bei der Bilanzfälschung geholfen, damit die wirkliche Höhe der griechischen Staatsschulden nicht entdeckt werden konnte¹⁴. Die Rettung der privaten Finanzindustrie bewahrte die Krisenländer vor einem weiteren volkswirtschaftlichen Absturz. Worauf es hier aber ankommt: **Die Euro-Rettungsstaaten – genau genommen deren Steuerzahler – waren die neuen Gläubiger geworden.** Damit kommen wir zur Kernproblematik der staatlichen Rettungspakete:

Die alten akkumulierten und auch die neuen zusätzlich entstandenen Schulden, deren Gläubiger die Euro-Rettungsstaaten geworden sind, müssen irgendwann einmal doch bezahlt werden. Dazu müssen die Schuldner (Staaten, Banken und Wirtschaft) wieder so viele Einnahmen (Steuern und Gewinne) erzielt haben, daß sie dazu in der Lage sind. Doch dieser Zeitpunkt ist heute (2017) nicht und auch nicht in der nächsten Zukunft absehbar. Um die Rückzahlung zu ermöglichen, müßte die Wirtschaft dieser Länder nämlich wieder florieren. Das aber gelingt nicht, weil der Euro dies verhindert, denn sein Wert ist angesichts der niedrigen Produktivität in den betroffenen Ländern viel zu hoch. Eine **Produktivitätssteigerung** aber **könnte kurzfristig nur durch Kostensenkungen** erreicht werden, doch Kostensenkungen haben Einkommens- und Steuerminderungen zur Folge, so daß man danach im Prinzip genau so weit ist, wie vor der Kostensenkung. Die ökonomische Wirklichkeit ist aber noch viel schlimmer: man muß nämlich noch den negativen Multiplikator-Effekt einer Einkommensenkung berücksichtigen. Die Kostensenkung (Einkommensminderung) läßt das BIP und Volkseinkommen um ein Mehrfaches des ursprünglichen Betrages sinken, so daß die Rückzahlung der Schulden in noch weitere Ferne rücken muß. Das war die leidvolle Erfahrung, die seit den gescheiterten Notverordnungen des Reichskanzlers Brüning (Anfang der 1930iger Jahre in der Weimarer Republik) eigentlich zum allgemeinen Wissenstand in der Nationalökonomie gehörte, eine Erfahrung, die aber von den Euro-Retttern bei der Verordnung der den Griechen oktroyierten Sparauflagen völlig mißachtet wurde. Die katastrophalen Folgen sind damals wie heute eingetreten!

¹⁴ Die den Europäern dadurch entstandenen Verluste wurden nie beziffert, doch sind sie um ein Mehrfaches höher als jene Schäden, die europäische Unternehmen (z.B. Volkswagen) in den USA angerichtet haben. Die werden aber seit Jahrzehnten von der US-Administration erbarmungslos abgestraft.

5.1.4 Der Crash wird zu einer Einkommens- und Vermögensumverteilung in Europa führen

Doch damit nicht genug. Wir müssen noch einen Blick auf die Folgen der Nullzinspolitik und des grenzenlosen Aufkaufs von staatlichen und privaten Schuldverschreibungen durch die EZB werfen. Vordergründig soll damit die Finanzindustrie der überschuldeten Euro-Länder (Banken und Versicherungen) mit Geld versorgt werden, um damit die Produktion der heimischen Wirtschaft anzuregen. Auf diese Weise will die EZB die Stagnation in der Eurozone überwinden und über eine Preissteigerung (von angestrebt zwei Prozent) die Wirtschaft ankurbeln. Doch diese Geldvermehrung der EZB über die verdeckte (im Prinzip verbotene) Staatsschuldensteigerung hat noch ganz andere Folgen: die Finanzindustrie der überschuldeten Länder legt das Geld nicht in der Wirtschaft des eigenen Landes an, weil die niedrige Produktivität der heimischen Wirtschaft keine entsprechende Rendite erarbeiten kann. Sie legt das Geld dort an, wo die Renditen weit höher sind. Das sind Wertpapiere und Immobilien aller Art. Vorwiegend in Deutschland! Hier wird eine Inflation bei Immobilien- und Wertpapierpreisen verursacht, die aber von den amtlichen Statistiken nicht erfaßt wird, weil die nur die Veränderung der Lebenshaltungskosten messen.

Nun gibt es zwar Experten, die vor den Gefahren dieser sog. „Blasenbildung“ warnen, doch die sehen nur eine weitere drohende Finanzkrise am Horizont aufkommen. Aber was sich da zusammenbraut, ist keine bloße Finanzkrise! **Hier wird eine gezielte Umverteilung der Einkommen und Vermögen von den Gläubigern zu den notorischen Schuldnern praktiziert!** Es bahnt sich damit eine nationale **Umverteilung zwischen den europäischen Nationen an, wie sie die Geschichte noch nie gesehen hat.** Das mit Abstand größte Gläubigerland ist Deutschland. **Und die deutschen Bürger und Steuerzahler haften jetzt für den größten Teil (rund 30 Prozent) der EZB-Schulden anstelle der ursprünglichen Gläubiger.** Das war ursprünglich die internationale Finanzindustrie, und die ist vor allem in New York und London zu Hause! Deren (uneinbringlich gewordenen) Forderungen hat das europäische Politestablishment übernommen und seinen Bürgern und Steuerzahlern aufgehalst. Das ist auch eine Variante, wie man „das Wohl des Volkes mehren“ kann! Weil aber die Wirtschaft der Euro-Länder wegen des Euro so tief abstürzte und wegen des Euro sich auch nicht erholen konnte – wie wir aufgezeigt haben – sah sich EZB-Präsident Mario Draghi danach auch noch bemüht, diese Schulden weiter aufzukaufen. Und auch bei diesen von der EZB aufgekauften Schulden sind die Deutschen die größten Gläubiger, die mit rund 30 Prozent haften.

Was allerdings die schlimmste Folge ist, die scheinbar niemandem registrieren will, ist die Tatsache, daß Mario Draghi damit eine **nationale Umverteilung eingeleitet** hat: Die Aktienkurse und Immobilienpreise und auch die Mietpreise brechen in Deutschland bereits alle Rekorde. Für Deutsche werden die Mieten und der Erwerb eigener Wohnungen immer unerschwinglicher. Das Eigentum deutscher Unternehmen wird schon seit der Einführung des Euro (1999) systematisch in die Hände des internationalen Finanz- und Spekulationskapitals überführt. Wenige Jahre danach waren bereits über 60 Prozent der Dax Unternehmen (der 30 größten deutschen Aktiengesellschaften) an ausländische Eigentümer übergegangen, das in den 1990iger Jahren noch mit 90 Prozent in deutschem Eigentum war. Und der Abverkauf geht seitdem weiter, er hat längst auch die mittleren und kleinen deutschen Unternehmen erfaßt. Und die Medien jubeln, daß es den Deutschen so gut gehe wie noch nie! Den Irrsinn dieser Entwicklung wollen weder Medien, noch Politiker oder irgendeiner der renommierten Ökonomen registrieren und die Deutschen darauf hinweisen, was da geschieht! Ein Skandal, der darauf wartet, publik ge-

macht zu werden. Der Zusammenbruch, der sich ankündigt, wird politische Folgen haben, die weit über die ökonomischen Schäden hinausgehen. Das Knistern im „Gebälk“ der Europäischen Währungsunion und der gesamten EU ist in den letzten Jahren lauter geworden, die Interessengegensätze der Länder und Regierungen werden immer offener ausgetragen. Die von EU- und EWU-Diktaten benachteiligten Völker, Nationen und Regierungen setzen den zentralen Regulierungsbehörden in Brüssel immer deutlichere Grenzen.

Insbesondere der Mittelstand wird in den Ländern benachteiligt, in denen die Immobilien- und Vermögenswerte (Aktienwerte) besonders steigen – nicht aber die Einkommen. Das widerfährt den Deutschen seit geraumer Zeit. Die deutschen Aktien, Immobilien und Wohnungen werden wegen des (für die deutsche Wirtschaft viel zu) billigen Euro vorwiegend von Ausländern (auch den hochverschuldeten Millionären und der Finanzindustrie aus den überschuldeten Euro-Ländern) aufgekauft. Diese sog. Investoren nehmen dabei Kredite zum Nulltarif auf und finanzieren die Aufkäufe mit Schulden. Auch die durch die EZB-Aufkäufe von den Schulden befreiten Finanzinstitute legen die Erlöse aus dem Verkauf der Staatsanleihen keineswegs in Investitionen in der heimischen Wirtschaft an, wie wir bereits ausgeführt haben, sondern in deutschen Vermögenswerten, die für die Deutschen selbst immer unerschwinglicher werden. Eigentlich müßte die Masche allen und schon lange bekannt sein: mit Schulden Vermögen kaufen, dessen Wert (dank Draghi und der EZB) ständig steigt. Am Ende werden, wie bei jeder Inflation, die Gläubiger enteignet und die Schuldner entschuldet.

Das werden wieder einmal zufällig die Deutschen sein! Auf der anderen Seite wird die Geldvermehrung der EZB weder die Regierungen noch die Wirtschaft der überschuldeten Länder dazu anhalten, ihre Effizienz und Produktivität zu steigern. Somit sind zwei Prozesse in Gang gekommen, die in einer ökonomischen und politischen Eruption enden müssen. Es ist das Werk der Visionäre aus dem politischen Establishment, das jegliche Diskussion über Nutzen und Schaden einer gemeinsamen Währung alternativlos abgelehnt hat.